

24.11.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/12500 und 16/13400 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Berichterstatlerin

Abgeordnete Eva Lux

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 11 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 24.11.2016/Ausgegeben: 28.11.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 11 wurde vom

- | | |
|--|-----------------|
| - Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
und | Vorlage 16/4422 |
| - Integrationsausschuss | Vorlage 16/4519 |

beraten. Zusätzliche Erläuterungen zum Einzelplan 11 lagen zu den Beratungen mit der Vorlage 16/4206 vor.

- a) Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in seinen Sitzungen am 28. September 2016, 26. Oktober 2016 sowie am 2. November 2016 abschließend beraten und abgestimmt. Die Abstimmung erfolgte am 2. November 2016. Änderungsanträge lagen zum Einzelplan 11 nicht vor. In der abschließenden Abstimmung über den Einzelplan 11 votierte der Fachausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, und PIRATEN, für eine Annahme.
- b) Der Integrationsausschuss hat den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teil des Einzelplans 11 in seinen Sitzungen am 21. September 2016, 26. Oktober 2016 und am 23. November 2016 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen zwei Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung vor. Das Abstimmungsergebnis und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang. Der Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN so verändert angenommen.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 11 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/4449.

C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss und im Unterausschuss Personal

Mit der Vorlage 16/4420 beantwortet das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Fragen aus der Sitzung des Unterausschusses Personal vom 25. Oktober 2016.

Zur abschließenden Beratung lagen fünf Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung vor. Die Voten der mitberatenden Fachausschüsse, das Abstimmungsverhalten der Fraktionen sowie die Ergebnisse ergeben sich aus den Anhängen.

Der Unterausschuss Personal hat sich mit den personalrelevanten Teilen des Einzelplans 11 in gemeinsamer Sitzung am 24. November 2016 abschließend befasst und diesen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN so verändert angenommen.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017 - Drucksache 16/13500 - dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/13520 - zu entnehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich ebenfalls am 24. November 2016 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 11 befasst.

D Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 11 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PI-RATEN so verändert **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: 5 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
1	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 050 Inklusion Titel 686 50 Förderung der Arbeit der Betreuungsvereine</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>2017</td> <td></td> <td>Ansatz lt. HH 2016</td> </tr> <tr> <td>Von 2.700.000 Euro</td> <td></td> <td>2.700.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>Um 1.600 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit den veranschlagten Mitteln wird die Querschnittsarbeit der Betreuungsvereine unterstützt. Neben der Bestandsförderung für die Begleitung ehrenamtlicher außerfamiliärer Betreuerinnen und Betreuer erhalten die Vereine zur Gewinnung neuer der Betreuerinnen und Betreuer eine Prämienförderung. Zudem erhalten sie die Basisförderung für die Querschnittsaufgaben. Der Umstellung der Förderrichtlinien in diesem Jahr ist bereits eine Anhebung des Haushaltstitels in 2016 vorausgegangen, um die Finanzierung in einem ersten Schritt abzusichern. Für das Haushaltsjahr 2017 wird noch eine weitere Anhebung notwendig sein, um mit den in diesem</p>	2017		Ansatz lt. HH 2016	Von 2.700.000 Euro		2.700.000 Euro	Um 1.600 000 Euro			auf 4.300.000 Euro			<p>einstimmig angenommen</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
2017		Ansatz lt. HH 2016																							
Von 2.700.000 Euro		2.700.000 Euro																							
Um 1.600 000 Euro																									
auf 4.300.000 Euro																									
SPD	ja																								
CDU	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

		<p>Jahr neu erlassenen Förderrichtlinien die Arbeit der z.Zt. 180 Betreuungsvereine in NRW dauerhaft absichern zu können.</p> <p>Die Sicherung der ehrenamtlichen Betreuung und auch die Gewinnung neuer ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer sind elementar wichtig für die Betreuungsarbeit in NRW. Die Übernahme dieser Arbeit durch weitere Berufsbetreuerinnen und Betreuer käme dem Haushalt weitaus teurer.</p> <p>Eine rückläufige Zahl der Betreuungsvereine würde dazu führen, dass immer mehr Berufsbetreuer durch die Gerichte bestellt werden müssten. Um diese Entwicklung einzudämmen und den Justizetat nicht weiter zu belasten, muss der Anreiz für ehrenamtliche Betreuung erhöht werden. Dies unterstützt den von der Landesregierung beschlossenen „Aktionsplan zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen.“</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
2	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 050 Inklusion</p> <p>Titelgruppe 80 Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftli- chen Inklusion von Menschen mit Behinderungen</p> <p>Titel 686 80 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2017</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2016</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.657.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.657.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.807.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Artikel 9. der UN-Behindertenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung fordert die Zugänglichkeit in der Gesellschaft und die Möglichkeit zur Teilhabe. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei auch die Beteiligung an Wahlen und Beteiligungsprozessen.</p> <p>Das verabschiedete Inklusionsstärkungsgesetz sieht seinerseits vor, dass Menschen die unter vollständiger Betreuung stehen, zukünftig in NRW an den Landtags- und Kommunalwahl teilnehmen können. Auch dies gilt es durch geeignete Kommunikations- und Informationsformen unterstützend zu begleiten.</p> <p>Mit den zusätzlichen Mitteln sollen Projekte befördert werden, mit denen modellhafte Ansätze zur Unterstützung der politischen Teilhabe u.a. für Menschen mit Unterstützungsbedarf und bei einer vollständigen Betreuung auf den Weg gebracht werden.</p>	2017		Ansatz lt. HH 2016	von	3.657.500 Euro	3.657.500 Euro	um	150 000 Euro		auf	3.807.500 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
2017		Ansatz lt. HH 2016																							
von	3.657.500 Euro	3.657.500 Euro																							
um	150 000 Euro																								
auf	3.807.500 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
3	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 050 Inklusion</p> <p>Titelgruppe 86 Förderung von Maßnahmen zur beruflichen In- tegration von Menschen mit Behinderungen</p> <p>Titel 893 86 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2017</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2016</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.451.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.451.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">7.651.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die zusätzlichen Mittel sind vorgesehen zur Finanzierung der notwendigen Bau- und Ausstattungsmaßnahmen und sonstige Maßnahmen zur Schaffung weiterer zusätzlicher Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in Integrationsunternehmen. Damit ist beabsichtigt die Zahl der Plätze weiter zu erhöhen, so dass in 2017 neben der bereits vorgesehenen Erweiterung der Arbeitsplätze in Integrationsfirmen noch etwa 200 zusätzliche Plätze für Menschen mit einer schweren Behinderung geschaffen werden können.</p>	2017		Ansatz lt. HH 2016	von	7.451.000 Euro	7.451.000 Euro	um	200.000 Euro		auf	7.651.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
2017		Ansatz lt. HH 2016																							
von	7.451.000 Euro	7.451.000 Euro																							
um	200.000 Euro																								
auf	7.651.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsplan 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
5	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 11 060 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter Titel 684 40 Zuschuss an den Förderverein des Landesintegrationsrates e.V.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2017</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2016</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">320.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">320.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">470.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Land hat bereits sogenannte Integrationsräte als kommunale Vertretung aller Migrantinnen und Migranten in seiner Gemeindeordnung verankert. Mehr als 100 Integrationsräte beraten Städte und Kommunen in ihrer Integrationsarbeit. Gestaltungs- und politische Teilhabemöglichkeiten sind wesentliche Merkmale einer gelungenen Integration vor Ort. Mit der höheren Vielfalt der Zuwanderung haben sich die Anforderungen beständig erhöht, zumal die Partizipationsanforderungen gewachsen sind. Für die Einbindung zugewanderter und geflüchteter Menschen wird dauerhaft verstärkt auf die Erfahrungen der Integrationsräte und des Landesintegrationsrates zurückgegriffen werden, denn zur Bewältigung der dauerhaften Aufgabe der Integration zugewanderter und geflüchteter Menschen kommt es vor allem auf die Integrationsstrategien von Städten und Kommunen an. Diese sind auch auf die Beratung durch Migrantinnen und Migranten angewiesen, die bereits Erfahrung mit Integrationsmaßnahmen gemacht haben. Dafür werden die Personalkosten des Landesintegrationsrates angepasst.</p>	2017		Ansatz lt. HH 2016	Von	320.000 Euro	320.000 Euro	um	150.000 Euro		auf	470.000 Euro		<p>Votum IntA:</p> <p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table> <p>HFA:</p> <p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
2017		Ansatz lt. HH 2016																																	
Von	320.000 Euro	320.000 Euro																																	
um	150.000 Euro																																		
auf	470.000 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	ja																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	Enth.																																		
PIRATEN	ja																																		
SPD	ja																																		
CDU	ja																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	Enth.																																		
PIRATEN	ja																																		

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2017

Einzelplan 11: **Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2017 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 16/13400).

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für Arbeit,
Integration und Soziales
für das Haushaltsjahr
2017

**Kapitel 11 050
Inklusion**
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
11 050	Inklusion			
	A u s g a b e n			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
686 50 291	Förderung der Arbeit der Betreuungsvereine.	2 700 000	+1 600 000	4 300 000
	Titelgruppen			
	Titelgruppe 80 Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen			
686 80 291	Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke.	3 657 500	+150 000	3 807 500
	Summe Titelgruppe 80.	4 057 500	+150 000	4 207 500
	Titelgruppe 86 Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen			
893 86 235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland.	7 451 000	+200 000	7 651 000
	Summe Titelgruppe 86.	7 451 000	+200 000	7 651 000
	Gesamtausgaben Kapitel 11 050.	14 232 000	+1 950 000	16 182 000
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 050.	9 236 600	—	9 236 600

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
11 060	Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter			
	A u s g a b e n			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
684 10 249	Zuschuss an das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland - DOMID e.V. . . . <i>Begründung:</i>	180 000	+70 000	250 000
684 40 249	Zuschuss an den Förderverein des Landesintegrationsrates e.V.	320 000	+150 000	470 000
	Gesamtausgaben Kapitel 11 060.	55 440 800	+220 000	55 660 800
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 060.	20 000 000	—	20 000 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	Gesamteinnahmen	3 693 426 400	—	3 693 426 400
	Gesamtausgaben	4 719 546 900	+2 170 000	4 721 716 900
	Verpflichtungsermächtigungen	206 836 600	—	206 836 600

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	251	—	251
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	848	—	848
	Summe	1 099	—	1 099